

Energie-Control Austria
Mag. Johannes Mayer
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

per E-Mail: remit@e-control.at

Wien, am 13. November 2014

Betrifft: Stellungnahme zur Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO
Stichwort: „REMIT Verordnung“

Sehr geehrte Damen und Herren!
Sehr geehrter Herr Mag. Mayer!

Die Industriellenvereinigung (IV) bedankt sich eingangs für die Übermittlung des oben zitierten Entwurfes zu einer nationalen Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO durch die Energie-Control Austria (ECA) und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Hintergrund

Eine zentrale Verpflichtung der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 (REMIT) ist die europaweite Meldung von abgeschlossenen Transaktionen einschließlich der Handelsaufträge auf Energiegroßhandelsmärkten.

Zukünftig müssen im Rahmen des Transaktionsreportings standardisierte und nicht standardisierte Verträge (bilaterale Verträge) an die europäische Aufsichtsbehörde ACER gemeldet werden.

Als Basis für die Implementierung der Transaktionsmeldungen hat die Kommission die „Draft Implementing Acts“ und das daraus abgeleitete „Transaction Reporting User Manual“ (TRUM) publiziert. Diese beinhalten die Details der zu meldenden Handelsdaten einschließlich der Datenfelder, Formate und Reportingstandards. Gleichzeitig wurde ein Dokumentenentwurf über die technischen und organisatorischen Voraussetzungen (RRM) in die öffentliche Konsultation geschickt.

Die Finalisierung der Datenerhebung wird im Wege von Durchführungsrechtsakten der Europäischen Kommission bestimmt, die nach aktuellem Stand im Herbst 2014, fertig gestellt werden sollten, sich jedoch laufend verzögert. Der Start für Transaktionsmeldungen für Standardverträge erfolgt 6 Monate, der für Non-Standardverträge 12 Monate nach Veröffentlichung der Durchführungsrechtsakte.

Die Komplexität zeigt sich auch darin, dass ACER seit 2011 eine Vielzahl von Round Table Diskussionen mit Marktteilnehmern und sonstigen Stakeholdern abgehalten hat, die laufend zu Modifikationen der geplanten meldepflichtigen Informationen geführt haben. Allein das letzte ACER Konsultationsdokument vom 22. Juli 2014 zu den Reporting Daten (TRUM) umfasst 211 Seiten.

Grundsätzliche Anmerkungen

Die IV anerkennt klar die Bemühungen der ECA um eine entsprechende Marktüberwachung und die somit zu bewerkstellende Verhinderung von manipulativen Eingriffen. Gerade diese Eingriffe, die potentiell zum Nachteil aller Stakeholder im Energiesystem führen könnten sind hintanzuhalten. Auch wird anerkannt, dass der gesetzliche Auftrag dabei klar bei der ECA zu liegen kommt. Dennoch wird angesichts der Vorgänge und des Verordnungsscharakters der europäischen Rechtsakte, die grundsätzliche Notwendigkeit des nun in Konsultation befindliche Verordnungsentwurf gerade auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt massiv in Zweifel gezogen.

Diese Einschätzung stützt sich auf folgende grundsätzliche Einschätzungen:

- Der erhebliche Ressourceneinsatz und somit die klaren Mehrkosten einer frühzeitigen isolierten Verpflichtung steht in keinerlei Relation zum etwaigen kurzfristigen Informationsgewinn und potentiell abschreckenden und somit kostenmildernden Effekten. Es würden Kosten bei den heimischen bzw. den heimischen Markt beeinflussenden Handelsteilnehmern entstehen, die ebenso isoliert an eher österreichische Kunden weitergegeben werden würden.
- Die Zusatzaufgaben durch die Verordnung könnten somit zur Folge haben, dass der österreichische Markt an Attraktivität verliert. Es besteht somit das Risiko, des Bedeutungsverlustes für den Standort bzw. Handelsplatz Österreich, da internationale Unternehmen diesen zur Vermeidung von zusätzlichen Reportingverpflichtungen zumindest zwischenzeitlich meiden werden.
- Die im Verordnungsumfang angeführten Meldungen gehen über den unter ACER geforderten Meldungsumfang hinaus. Neben den zusätzlichen Meldungen (z. B. Regelreserveprodukte, Speicherzugangsverträge) ist auch ein früherer Start der Datenübermittlung an die E-Control, als an ACER vorgesehen. Nach heutigem Stand sind Standardverträge mit 1. April 2015 und Non Standardprodukte mit 1. Juli 2015 (6 Monate vor Start der Datenübermittlung an ACER) im Rahmen der EGHD-VO zu melden.

Auch Sicht der IV sollte daher jedenfalls die europäische Entwicklung abgewartet werden und die geplante Verordnung der ECA erst zu einem späteren Zeitpunkt im Gleichklang und unter Berücksichtigung europäischer Vorgaben erlassen werden. Dies entspricht dem Einvernehmen nach auch der Vorgangsweise anderer Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Deutschlands, wo die Markttransparenzstelle die entsprechenden Durchführungsrechtsakte erst ausführen wird, wenn die Meldepflichten unter REMIT auf Gemeinschaftsebene feststehen.

Detaillierte Problemfelder bzw. Schnittstellen

Es wird von Seiten der Industrie eben in Zweifel gezogen, dass sich potentiell kostenmildernde Effekte durch eine derartige ausgestaltete Marktüberwachung einstellen würden.

Dies insbesondere weil:

- Auf Grund des Fehlens der finalisierten TRUM Dokumentes auf EU-Ebene, welches zwingend erforderlich ist, um die Eingabe der Daten in die Reportingfelder zu beschreiben, ist die Vermeidung von Doppelreportings unwahrscheinlich. Es ist daher zu erwarten, dass es zu einem doppelten Reporting kommen wird, dessen Vermeidung jedoch ein klar deklariertes Ziel von REMIT war.
- Doppelmeldung für Gas und Strom Derivate, die bereits unter EMIR übermittelt wurden.
- Fehlende Koordination bei der Übermittlung der Daten auf österreichischer und europäischer Ebene und als Folge fehlende Kohärenz der Datensätze.
- Somit potentiell widersprüchliche und daher unrichtige Interpretation der Daten, was dem Ziel einer erhöhten Transparenz auf den Energiemärkten samt richtiger Risikobeurteilung nicht entspricht.
- Für die Übermittlung der in der Vergangenheit abgeschlossenen, jedoch zum Stichtag des Reportingbeginns noch offenen Verträge, käme es zu einer weiteren Doppelbelastung der Unternehmen.

Einem nationalen Alleingang Österreichs als potentielles *Role Modell* eines noch nicht im Detail ausgestalteten Systems auf europäischer Ebene und ohne Garantien für eine Annahme eines solchen Systems durch ACER kann daher nicht zugestimmt werden. Das Risiko eines solchen Experiments tragen klar alle Beteiligten am österreichischen Energiemarkt.

Aus Sicht der Industrie scheint es daher jedenfalls angeraten, auf die Implementing Acts (IA) der REMIT Verordnung noch zu warten und jedenfalls keinen riskanten Feldversuch zu unternehmen. Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen geht die Industrie auch nicht weiter auf die Details des nationalen Entwurfes ein, verweist jedoch auf die detaillierten Stellungnahmen der Marktteilnehmer bzw. Energiebranche.

Die Industriellenvereinigung ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen im Sinne der Einnahme einer grundsätzlich abwartenden Haltung auf die Endfassungen des europäischen Regelungsbestands.

Mit besten Grüßen

DI Dieter Drexel eh
Stv. Bereichsleiter

DI Dr. Michael Fuchs, MBA eh